

## Manövrierarmee Bundeswehr

VON JOSEF JOFFE

Das Geld wird immer knapper, also muß überall gestrichen werden. Das ist der einfachste und gerechteste Weg. Gerecht, weil es allen Bonner Ressorts gleichermaßen an den Kragen geht. Einfach, weil man so keine quälenden Entscheidungen treffen muß - bei wem weniger, bei wem mehr? Der Rasenmäher, fest eingestellt auf sechs Zentimeter Schnitthöhe, erspart dem Gärtner die Qual der Wahl - ob denn dieses Gewächs gehegt, jenes aber gekappt werden soll.

Wenn's denn der Bundeswehr wenigstens genauso ginge. Aber ihr geht es nun bei der Budget-Beschneidung wie dem schönen Unkraut: je tiefer, desto besser. Wer zählt noch seit Wiedervereinigung und Sowjet-Kollaps die vielen begehlichen Attacken auf die Hardthöhe durch die Rotstift-Regimenter weiter unten im Tal? Sie haben die Bresche im Verteidigungsbudget jedesmal ein Stück mehr verbreitert, den Ressort-Chef Ruhe immer tiefer in die Defensive gezwungen.

Zum Beispiel am Dienstag, als der Marschall der Finanzen, Theo Waigel, seinen jüngsten Sparbeschuß präsentierte. Fünf Milliarden weniger müssen es 1994 sein, doch die Bundeswehr soll das größte Opfer leisten: 1,25 Milliarden Mark. 'Arbeit und Soziales' kommt mit einer halben Milliarde davon, 'Verkehr' muß mit 673 Millionen für das sinkende Steueraufkommen büßen, 'Berlin-Hilfe' mit 642 Millionen.

Dies gilt es in einen etwas größeren Rahmen zu stellen, um den richtigen Einwand zurechtzurücken, daß die Konten rundum überzogen seien. Der Bundeshaushalt ist seit 1990 um rund zwei Drittel gewachsen, der Verteidigungshaushalt um über 20 Prozent gefallen. Einst lag der Anteil der Verteidigung am Sozialprodukt bei drei Prozent, jetzt rutscht er auf die 1,5 Prozent zu. Wir kennen die Gründe: die Lasten der Einheit, dann der brutale Konjunkturreinbruch, schließlich die Gewalt der 'Globalisierung', die eine bequeme Produktionsnische nach der anderen wegbrechen läßt.

All das kostet viel Geld. Auf der anderen Seite hat die Bundeswehr ihre alte Funktion verloren. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind 500 000 Mann nicht mehr nötig; wer von Freunden umzingelt ist, kann diesen oder jenen Festungswall schleifen. Nur: Wie es die Bundesregierung macht - siehe zuletzt das Waigel-Paket vom Dienstag - ist das fatale Gegenteil einer vernünftigen Verteidigungspolitik.

Erstens ist das Verteidigungsministerium kein Tante-Emma-Laden, wo je nach Tagesbedarf hier ein paar Büchsen Bohnen mehr, dort ein paar Pfund Zucker weniger ins Regal gestellt werden können. Manche Rüstungszyklen - für Kampfflugzeuge zum Beispiel - erstrecken sich über ein Vierteljahrhundert. Vorbei ist die Zeit, da ein Rekrut drei Mo-

nate lang geschleift und dann an die Front geschickt wurde; die Truppe wird immer mehr zur Spezialeinheit, wo die Ausbildungszeiten sich denen von Lehrern und Ingenieuren angleichen. Wer die Truppe zum Bankomat umfunktioniert - mit täglicher Cash-Entnahme - reduziert jede Planung zur Makulatur.

Auch die amerikanische Armee wird drastisch reduziert - von 1,8 auf 1,4 Millionen Soldaten, von 14 auf 12 Heeresdivisionen, von 434 auf 413 Kampfschiffe. Das schmerzt die Generalität zutiefst, doch im Vergleich zu Generalinspekteur Naumann hat sie den Trost eines halbwegs berechenbaren Planungsrahmens: Die 'Friedensdividende' von 88 Milliarden Dollar wird in fünf Jahresraten ausgezahlt. Naumann aber darf seine Pläne alle Vierteljahre in den Reißwolf werfen.

Zweitens: Wenn der Rotstift zum Maß aller Dinge gemacht wird, bestimmen die Sparkommissare die Wehrstruktur, mithin die Verteidigungspolitik. Ob die Bundeswehr 370 000 Mann braucht oder nur 300 000, darüber läßt sich trefflich streiten. Nur: Wer reduziert, muß häufig mehr ausgeben: für erhöhte Beweglichkeit, größere Feuerkraft, aufwendigere Ausbildung und vor allem höhere Flexibilität. Wer weniger hat, muß mehr können.

Schließlich stehen hier - ohne Tschingderassabum - 'nationale' Belange auf dem Spiel. Wie will diese Republik für Sicherheit sorgen - für sich und im Bündnis? Richtig ist, daß sich zur Zeit keine strategische Bedrohung auftürmt. Aber man muß nicht gleich 'Feindbilder' verhökern, um eine vernünftige Versicherungspolice zu rechtfertigen. Ob sich unser großer Nachbar im Osten demokratisiert, stabilisiert und seine Interessen friedlich definiert, ist nicht ausgemacht. Ob demnächst 'humanitäre Probleme' ganz in der Nähe militärische Antworten erfordern, weil sie die eigene Sicherheit berühren, ist nicht auszuschließen. Und weitreichende Massenvernichtungswaffen aus dem Mittelmeerraum? Die alten geographischen Puffer könnten sehr bald zusammenschmelzen.

Wie auch immer: Verteidigungspolitik ist Vorsorgepolitik. Wenn's brennt, kommt die zusätzliche Planstelle, die Bewilligung neuen Löschgeräts zu spät. Wer heute an der 'Aufwuchsfähigkeit' - Militär-Jargon für die rasche Wiederherstellung der Potentiale - spart, könnte schon morgen wie ein Unterversicherter nach dem Hausbrand dastehen. Und deshalb gilt es Waigel auf sein Wort vom Dienstag zu verpflichten: die Wiederholung des 'Kraftaktes' Bundeswehr-Beschneidung scheidet in jeden Fall aus. Vor einigen Jahren lautete ein geflügeltes Wort: 'Ohne Frieden ist alles nichts.' Mit kleiner Abwandlung stimmt es noch heute: Ohne Sicherheit ist alles nichts.